

dbb

## Mehr Drive für die Digitalisierung

**[26.01.2021] Als Digital Natives könnten junge Beschäftigte die Digitalisierung im öffentlichen Dienst voranbringen. Die dbb Jugend hat sich das Thema ganz oben auf ihre Agenda für das Jahr 2021 geschrieben.**

Die Digitalisierung am Arbeitsplatz muss in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes stärker vorangetrieben werden. „Die dbb Jugend möchte diese Entwicklung konstruktiv und mit guten Ideen aus der Perspektive junger Beschäftigter begleiten.“ Das sagte jetzt die dbb Jugend Chefin Karoline Herrmann. Wie der dbb Beamtenbund und Tarifunion mitteilt, hat sich die dbb Jugend das Thema Digitalisierung für das Jahr 2021 erneut ganz oben auf die Agenda geschrieben. „Die jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst bringen als ‚Digital Natives‘ viele Kompetenzen mit, zum Beispiel das intuitive Arbeiten mit immer wieder neuen digitalen Tools. Diese Fähigkeiten junger Beschäftigter müssen anerkannt und gemeinsam mit dem Erfahrungswissen der Älteren aktiv für die Digitalisierung der Verwaltung genutzt werden. Hier können sich ganz neue Begegnungen auf Augenhöhe zwischen Berufseinsteigerinnen und -einsteigern sowie erfahrenen Kolleginnen und Kollegen ergeben“, glaubt Herrmann. Die Digitalisierung des öffentlichen Dienstes sei kein einmaliges Projekt, sondern wird eine stetige Weiterentwicklung erfordern. „Es gilt, die Kompetenzen der jungen Beschäftigten zu nutzen, die dazu notwendigen Voraussetzungen zu schaffen und insgesamt dafür zu sorgen, dass der öffentliche Dienst seine wichtigen Aufgaben für das Gemeinwohl – auch digital – weiterhin zuverlässig erfüllt“, so die dbb Jugend Chefin.

### **Finanzielle Mittel und Fachleute fehlen**

Damit in die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung endlich mehr Drive hineinkommt, braucht es eine deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel. Das erklärte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach Ende Dezember 2020 gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Für Straßen, Brücken, Gebäude und anderes gebe es in den Kommunen bereits einen Bedarf von 160 Milliarden Euro, sagte Silberbach in diesem Zusammenhang. Für die Digitalisierung der öffentlichen Dienstleistungen und der allgemeinen Verwaltung seien „mindestens noch einmal 100 Milliarden“ Euro nötig. Schon vor der Corona-Pandemie habe es im öffentlichen Dienst einen Personalmangel von mindestens 300.000 Beschäftigten gegeben. „Vor allem auch in den hochqualifizierten IT-Bereichen, wo die Systeme aufgebaut, die digitalen Anwendungen programmiert und die Beschäftigten geschult werden, fehlen die Leute“, sagte Silberbach. „Dass Bund, Länder und Kommunen seit 20 Jahren ihre Infrastruktur unterfinanzieren, wirft Deutschland bei der digitalen Transformation meilenweit zurück.“

(ve)

Stichwörter: Politik, dbb beamtenbund und tarifunion